

Fragen

für die Fragestunde der 23. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Februar 2010

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 84	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	12, 13
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87, 99
Burkert, Martin (SPD)	1, 65	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	97, 98	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 59	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	86
Drobinski-Weiß, Elvira (SPD)	52, 53	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	95, 96
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	36, 37	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 82
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 72	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 83
Gehreke, Wolfgang (DIE LINKE.)	93, 94	Krüger-Leißner, Angelika (SPD)	46, 47
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	55, 85	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	17, 18
Hartmann, Michael (Wackernheim) (SPD) ..	10, 11	Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	16, 60
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	88, 89
Dr. Högel, Eva (SPD)	6, 7	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 73	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 68
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	19, 20	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	91, 92
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Hoppe, Thilo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29
Pau, Petra (DIE LINKE.)	57, 58	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	42, 43
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	30, 39
Reichenbach, Gerold (SPD)	8, 9	Dr. Sieling, Carsten (SPD)	21, 22
Röspel, René (SPD)	80, 81	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 54
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Stüber, Sabine (DIE LINKE.)	69, 70
Schäfer, Axel (Bochum) (SPD)	4, 5	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.)	2, 45
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	40, 41
		Zypries, Brigitte (SPD)	33, 34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	22
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	23
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	24

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD) Gibt es bereits erste Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium des Innern hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit von Zoll und Bundespolizei, und wenn ja, welche Ergebnisse gibt es?

2. Abgeordnete
Halina Wawzyniak
(DIE LINKE.) Ist der Bundesregierung bekannt, ob, und wenn ja, welche Einheiten der Bundes- oder Landespolizeien bei den Blockaden am 13. Februar 2010 in Dresden so genannte Pepperball-Waffen mit sich führten und einsetzten?

3. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die jeweilige Höhe der von der EU-Kommission 2008 bis 2010 für den Polizeiaufbau in Afghanistan bewilligten sowie bislang abgeflossenen Hilfsgelder, und inwieweit trifft nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass hierfür bewilligte Euro-Mittel in dreistelliger Millionenhöhe bislang nicht verwendet werden konnten, weil die Kommission unterließ, die konkreten Verwendungszwecke, wie erforderlich, zu präzisieren?*)

4. Abgeordneter
Axel Schäfer
(Bochum)
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP verankerten Kriterien für das SWIFT-Abkommen durchzusetzen, insbesondere den dort festgeschriebenen Ratifizierungsvorbehalt?

5. Abgeordneter
Axel Schäfer
(Bochum)
(SPD) Inwiefern wird die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die Ablehnung des SWIFT-Abkommens im Europäischen Parlament nicht durch bilaterale Abkommen umgangen wird?

6. Abgeordnete
Dr. Eva Högel
(SPD) Wann ist mit der Vorlage eines Entwurfes für das nun neu zu verhandelnde sogenannte SWIFT-Abkommen zu rechnen, und bis wann soll dieses abgeschlossen werden?

*) Siehe hierzu auch Frage 54.

-
- | | |
|---|---|
| 7. Abgeordnete
Dr. Eva Högel
(SPD) | Wann und wie plant die Bundesregierung das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag in ihre Positionierung zur Neuverhandlung einzubeziehen? |
| 8. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD) | In welcher Form und auf welcher Grundlage gibt es ggf. seit dem 11. Februar 2010 eine Übermittlung von Finanzdaten an die USA? |
| 9. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD) | Welches sind für die Bundesregierung die Mindeststandards im Daten- und Rechtsschutz, deren Einhaltung im Rahmen der Neuverhandlung des sogenannten SWIFT-Abkommens nach Äußerung von der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, gewährleistet werden müssen? |
| 10. Abgeordneter
Michael Hartmann
(Wackernheim)
(SPD) | Ist die Aussage des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit aus dem Dezember 2009 zutreffend, wonach es vertrauliche Zusatzvereinbarungen zum SWIFT-Abkommen gegeben haben soll, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurden, und falls ja, welche Regelungsinhalte waren hiervon betroffen? |
| 11. Abgeordneter
Michael Hartmann
(Wackernheim)
(SPD) | Ist damit zu rechnen, dass auch bei der Aushandlung des zukünftigen SWIFT-Abkommens solche Zusatzvereinbarungen getroffen werden? |
| 12. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) | Seit wann liegt der Bundesregierung der Entwurf der „Europäischen Strategie für die innere Sicherheit“ vor, und wann wird dieser dem Bundestag zugeleitet? |
| 13. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) | Wann soll die „Europäische Strategie für die innere Sicherheit“ voraussichtlich verabschiedet werden? |

14. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ist es richtig, dass die zwischen den Providern und dem Bundeskriminalamt abgeschlossenen Verträge mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz – ZugErschwG) trotz der Absicht der Bundesregierung, keine Sperrung von Seiten vornehmen zu wollen, weiterhin gültig sind, und gibt es, sollte dies der Fall sein, von Seiten der Bundesregierung Überlegungen, wie weiterhin mit den Verträgen und den in ihnen implizierten technischen Maßnahmen zur Erschwerung des Zugangs zu Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten in Zukunft umgegangen werden soll?
15. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung sicherstellen, dass auf die technischen Maßnahmen zur Erschwerung des Zugangs zu Internetseiten mit kinderpornographischem Material, welche im Zuge der zwischen den Providern und dem Bundeskriminalamt abgeschlossenen Verträge von den Providern bereitgestellt wurden, nicht zu einem späteren Zeitpunkt, etwa im Zuge des Jugendmedienschutzstaatsvertrags, zurückgegriffen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

16. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD) In welchem Zeithorizont plant die Bundesregierung den bestehenden Fonds für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt auf der Grundlage ihrer strittigen Extremismusauffassung umzugestalten, und wird es in diesem Zusammenhang zu Budgetkürzungen speziell zu Lasten der Rechtsextremismusbekämpfung kommen?*)
17. Abgeordneter **Christian Lange** (Backnang) (SPD) Teilt das Bundesministerium der Justiz die Rechtsauffassung des baden-württembergischen Landesjustizministers Prof. Dr. Ulrich Goll, dass der Kauf der der Landesregierung Baden-Württemberg angebotenen so genannten Steuersünder-CD verfassungsrechtlich bedenklich sei?**)

*) Siehe hierzu auch Frage 60.

**) Siehe hierzu auch Frage 18.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter
Christian Lange
(Backnang)
(SPD)
- Gab es Gespräche zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und der Bundesregierung über die der Landesregierung Baden-Württemberg angebotenen so genannten „Steuersünder-CD“, und wenn ja, wer hat an ihnen teilgenommen?*)
19. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Warum ergreift die Bundesregierung keine wie die von Frankreich unter Beachtung der grauen Liste der OECD unternommene Initiative, um Steuerparadiese zu ächten, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der französischen Initiative?
20. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Mit welchen der von Frankreich gelisteten Steuerparadiese hat die Bundesregierung Abkommen zur Auskunftserteilung für Besteuerungszwecke nach OECD-Standard geschlossen, und welche diesbezüglichen Informationen oder Daten können diese zur Verfügung stellen?
21. Abgeordneter
Dr. Carsten Sieling
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die Diskrepanz der Antwort auf die Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 17/702, es gäbe noch „keine abschließende Entscheidung über die zukünftige Ausgestaltung der deutschen Finanzaufsicht“, zu den Äußerungen der Regierungskoalition in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Februar 2010, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) „in ihrer derzeitigen Struktur“ an die Deutsche Bundesbank angedockt werden soll (Plenarprotokoll 17/22, S. 1912 A), und welche Überlegungen existieren in der Bundesregierung angesichts dieser Aussagen, auch künftig die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank gegenüber der Bundesregierung sicherzustellen?
22. Abgeordneter
Dr. Carsten Sieling
(SPD)
- Wie ist die Position der Bundesregierung zu den Vorschlägen, im Rahmen der Neuorganisation der Finanzaufsicht in Deutschland den Verbraucherschutz als gleichberechtigtes Aufsichtsziel der Aufsichtsbehörden gesetzlich zu verankern?

*) Siehe hierzu auch Frage 17.

23. Abgeordneter
Thilo Hoppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird das Bundesministerium der Finanzen gewährleisten, dass Deutschland die internationale Zusage einhält, bis 2015 die Mittel, die für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe (ODA) verwendet werden, auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anwachsen zu lassen, und wie soll dies finanziert werden?
24. Abgeordneter
Thilo Hoppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann wird die Bundesregierung einen nationalen Stufenplan zur Erreichung des 0,7-Prozentziels vorlegen, und wie begründet sie es, falls ein solcher Stufenplan nicht vorgesehen ist?
25. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worüber hat der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, konkret Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag am Mittwoch, den 10. Februar 2010 in Bezug auf angeblich bestehende Pläne des Bundesministeriums der Finanzen im Umgang mit der Schuldenkrise informiert, und wie schätzt die Bundesregierung den derzeitigen Juristenstreit um die sogenannte No-Bail-Out-Klausel aus Artikel 125 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ein, bzw. wie interpretiert die Bundesregierung diese Klausel im Hinblick auf die Gewährung eines finanziellen Beistandes der EU zugunsten eines Mitgliedstaates?
26. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Lösungsstrategien würde die Bundesregierung unterstützen, wenn das am 16. Februar 2010 auf dem ECOFIN-Rat beschlossene Maßnahmenpaket zur Rettung Griechenlands vor der Zahlungsunfähigkeit nicht zielführend sein sollte, und wann gedenkt die Bundesregierung, alle Fraktionen des Deutschen Bundestages darüber zu unterrichten?
27. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anforderungen im Hinblick auf Anreizsysteme stellt die BaFin an die Finanzberatung?

28. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise möchte die Bundesregierung die Haftung für Produkt und Vertrieb im Anlegerschutz verschärfen (Koalitionsvertrag)?
29. Abgeordneter
**Dr. Gerhard
Schick**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Aufsichtsgespräche hat die BaFin bezüglich Wohlverhaltensvorschriften in der Anlageberatung in den letzten drei Jahren geführt?
30. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung tun, damit die bei der Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft (FuB) der Kreditanstalt für Wiederaufbau liegenden 1 744 offenen DDR-Versicherungsfälle im Interesse der geschädigten Personen zeitnah bearbeitet und entschieden werden (siehe „Alte Schäden, neue Leiden“ in der Leipziger Volkszeitung vom 17. Februar 2010)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

31. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An wen wurde der Auftrag zur Erstellung von Energieszenarien für das Energiekonzept der Bundesregierung vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vergeben (Projekt Nr. 12/10), und welcher Zeitplan, insbesondere welches Enddatum der Auftragsausführung, ist für den Auftrag vorgesehen (bitte mit vollständiger Angabe aller wesentlichen Etappen bzw. Zwischenabnahmen)?
32. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt es, dass die Bundesregierung für 2010 eine deutlich geringere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erwartet als 2008 gemessen an den Zahlungen auf Grundlage des KWK-Gesetzes?

33. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD) Welches Bundesministerium führt für die Bundesregierung die Verhandlungen über die Zukunft des Internet-Governance-Forems (IGF), und welche Position vertreten Deutschland und die anderen europäischen Regierungsvertreter bei diesen Verhandlungen?
34. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD) Stimmen Berichte, nach denen bei den Verhandlungen zum IGF die Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Nichtregierungsorganisationen bei der zukünftigen Arbeit des IGF in Frage steht, und wenn ja, welche Position vertritt die Bundesregierung dazu?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

35. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Auffassung ihres Stellvertreters Dr. Guido Westerwelle, dass die Diskussion über das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts „sozialistische Züge“ habe, und sieht sie in seiner These „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein“ (DIE WELT vom 11. Februar 2010) analog zum Ende des Römischen Reiches den drohenden Zerfall der Bundesrepublik Deutschland heraufbeschworen?
36. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.) Wie begründet die Bundesregierung die Festlegung, dass die Kosten für Nachhilfeunterricht nur dann als Hartz-IV-Härtefall anerkannt werden sollen, wenn es z. B. eine langfristige Erkrankung oder einen Todesfall in der Familie gegeben hat, und sieht die Bundesregierung mit dieser Vorgabe die Chancengleichheit von Kindern, die in Familien mit Arbeitslosengeldbezug (ALG) leben, bei der Bildung gewahrt?
37. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung – insbesondere für die anstehende Neuregelung der Hartz-IV-Sätze – aus dem jetzt bekannt gewordenen OECD-Vergleich, laut dem die finanzielle Absicherung von Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eher gering ausfällt?

38. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung – als Vertragsstaat der UN-Behindertenrechtskonvention und Ansprechpartnerin gegenüber den Vereinten Nationen – aus der UN-Behindertenrechtskonvention neue Anforderungen an die Komplexleistung Frühförderung und ihre entsprechende Verordnung zur Umsetzung der §§ 30 und 56 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX), und inwiefern konnte nach Ansicht der Bundesregierung das gemeinsame Rundschreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Gesundheit zur Komplexleistung Frühförderung vom Juni 2009 dazu beitragen, die aufgeworfenen Fragen, insbesondere zum Anwendungsbereich dieser Regelungen, zum Inhalt der Komplexleistung Frühförderung und zur Abgrenzung der Zuständigkeiten der verantwortlichen Rehabilitationsträger, zu klären?*)
39. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Projekte und Maßnahmen des Bundes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2010 finanziell untersetzt (bitte Projekte und Maßnahmen, zuständiges Bundesministerium und Höhe der geplanten Mittel nennen)?
40. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie würde sich eine höhere Zahl von Optionskommunen mit den Ergebnissen der sogenannten 6c-Evaluierung vertragen, die laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales den ARGE n eine bessere Bilanz in Bezug auf Überwindung der Hilfebedürftigkeit und Integration in bedarfsdeckende Beschäftigung bescheinigt, und auf wie hoch schätzt die Bundesregierung den fiskalischen Verlust, der sich aus den Integrationsdefiziten der Optionskommunen in den Ersten Arbeitsmarkt im Vergleich zu den ARGE n ergibt (bitte die fehlenden jährlichen Gesamteinnahmen nach Art der Mindereinnahmen, und wenn möglich monatlich je Bedarfsgemeinschaft angeben)?
41. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Beanstandungen des Bundesrechnungshofes sind der Bundesregierung bekannt über die fehlende Leistungstransparenz und fehlende Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten des Bundes bei der Finanzierung der verschiedenen Leistungen des SGB II im Bereich der kommunalen Träger, und wie oft wurden seit Einführung von Hartz IV bei den drei

*) Siehe hierzu auch Frage 59.

verschiedenen Grundsicherungsmodellen (Arbeitsgemeinschaften, kommunale Träger, getrennte Aufgabenwahrnehmung) Mittel aus dem Eingliederungstitel zweckentfremdet verwendet (bitte jeweils einzeln für die Grundsicherungsmodelle antworten und auch Höhe der zweckentfremdeten Mittel in Euro angeben)?

42. Abgeordnete
Silvia Schmidt
(Eisleben)
(SPD)
- Wird die Bundesagentur für Arbeit, aufgrund der nunmehr durch ein neues Verfahren möglichen Identifizierung bisher nicht zur Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe zahlungsverpflichteter Arbeitgeber, bei bisher nicht erfassten Arbeitgebern die Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe nacherheben, und für wie viele Jahre wird die Nacherhebung festgesetzt?
43. Abgeordnete
Silvia Schmidt
(Eisleben)
(SPD)
- In wessen Verantwortung wird die Rehabilitation schwerbehinderter Menschen im Rahmen der geplanten getrennten Aufgabenwahrnehmung im SGB II künftig stehen, und wie werden die Verantwortungsbereiche des Rehaverfahrens künftig unter den Trägern der Grundsicherung und der Bundesagentur aufgeteilt?
44. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorstoß des Lebensmitteldiscounters Lidl, der die Einführung von Mindestlöhnen im Handel fordert, und wird die Bundesregierung der Forderung von Lidl folgen, Mindestlöhne im Handel einzuführen?
45. Abgeordnete
Halina Wawzyniak
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass ein Jugendlicher unter 25 Jahren – soweit er sich nicht in Ausbildung befindet – den Anspruch auf Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse verliert und auch kein Kindergeld erhält?
46. Abgeordnete
Angelika Krüger-Leißner
(SPD)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, dass Anträge von Beziehern von ALG II oder Sozialgeld zur Übernahme des Zusatzbeitrages von Krankenkassen bevorzugt behandelt werden müssen, damit die Betroffenen im Falle einer Ablehnung ihr Sonderkündigungsrecht bei den Krankenkassen wahrnehmen können?

47. Abgeordnete
**Angelika
Krüger-Leißner**
(SPD)
- Wenn ja, ist aus Sicht der Bundesregierung ein bürokratischer Mehraufwand zu erwarten, und wie hoch wird dieser eingeschätzt?
48. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher neuen Erkenntnisse geht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales von bis zu 32 000 betroffenen Personen aus, die seit dem 1. Januar 2009 ALG II beantragt und bezogen haben und privat krankenversichert und von der Regelung des neuen § 26 Absatz 2 Satz 1 SGB II betroffen sind, die nur einen – oftmals nicht kostendeckenden – Zuschuss des Trägers der Grundsicherung zu den entstehenden Krankenversicherungskosten vorsieht, nachdem das Bundesministerium zuvor auf zwei entsprechende Anfragen geantwortet hatte, diesbezügliche Informationen nicht geben zu können, und wann gedenkt die Bundesregierung die Regelungslücke für privat krankenversicherte ALG-II-Bezieher zu schließen (vgl. Berliner Zeitung vom 18. Februar 2010 sowie die Antworten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf die Fragen 25 auf Bundestagsdrucksache 16/13965 und 69 auf Bundestagsdrucksache 17/382)?
49. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Grundsicherungsstellen (bitte gegliedert nach Bundesländern darstellen) sind konkret von der in § 1 Absatz 4 der Eingliederungsmittelverordnung 2010 festgelegten Begrenzung der Mittel für die JobPerspektive nach § 16e SGB II betroffen, und wie viele geplante und oftmals bereits zugesagte zusätzliche Förderplätze der JobPerspektive können durch diese Begrenzung nicht realisiert werden (vgl. Ausschussdrucksache 17(11)37)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

50. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die geplante zusätzliche Aufstockung der Exportförderung um 3 Mio. Euro auf insgesamt 6 Mio. Euro (in diesem Jahr) bei Kürzung der Mittel für den Ökolandbau um 3,3 Mio. Euro vor dem Hintergrund, dass der Weltagrarbericht 2008 gerade nicht die exportorientierte, industrielle Landwirtschaft, sondern die bäuerlich organisierten Betriebe als die „wichtigsten Garanten und die größte Hoffnung einer sozial,

wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung von künftig neun Milliarden Menschen und die beste Grundlage hinlänglich widerstandsfähiger Anbau- und Verteilungssysteme“ (vgl. „Wege aus der Hungerkrise – die Erkenntnisse des Weltagrarberichts und seine Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen“, S. 12 – www.weltagrarbericht.de) ausweist?

51. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe bewegen die Bundesregierung, mit Blick auf zunehmende Umwelt- und Trinkwasserprobleme durch die Ausbringung heimischer Wirtschaftsdünger und insbesondere der zusätzlich aus den Niederlanden importierten Gülle, den durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erstellten und mit den Ländern abgestimmten Entwurf einer Verbringungsordnung für Wirtschaftsdünger abzulehnen und nicht dem Bundesrat zuzuleiten?
52. Abgeordnete
Elvira Drobinski-Weiß
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) als nachgeordnete Behörde bereit erklärt, außergerichtlich mit der Firma Monsanto über das von Bundesministerin Ilse Aigner im April 2009 ausgesprochene bundesweite Anbauverbot für die Maissorte MON 810 bzw. die Klage Monsantos gegen dieses Anbauverbot zu verhandeln und das Gerichtsverfahren „ruhend“ zu stellen?
53. Abgeordnete
Elvira Drobinski-Weiß
(SPD)
- Worüber genau soll verhandelt werden, und wie wird bei den Verhandlungen für Transparenz und für die Wahrung der gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der Firma Monsanto höherrangigen Interessen der Verbraucher und des Umweltschutzes gemäß dem Vorsorgeprinzip gesorgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

54. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Dokumentiert das Bundeswehr-Einsatzführungskommando Potsdam, wie die Amtsbezeichnung eigentlich nahelegt, jegliche Waffenanwendung der Bundeswehr in Afghanistan sowie angeforderte oder geleistete Luftunterstützung, so wie dies international und bei der ISAF als üblich gilt, und welche Bundeswehrstellen dokumentieren vollständig die Tätigkeiten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) bzw. der „Task Force 47“ in Afghanistan, etwa die Benennung verdächtiger Personen dort zur Tötung oder Festnahme auf sogenannten Wirkungsvorranglisten der NATO (vgl. stern 7/2010, S. 33)?*
55. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Bestätigt das Bundesministerium der Verteidigung die Existenz von sog. Todeslisten in Afghanistan zur Eliminierung von Talibanführern (laut Bericht des stern vom 10. Februar 2010), und ist an der Ausführung auch die Bundeswehr bzw. das KSK beteiligt?
56. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass es tragbare Infanteriewaffen – z. B. mit Doppelhohlladungssprengköpfen – gibt, mit denen Stahlbeton von einem Meter Dicke durchschlagen werden kann, und welche Schutzmöglichkeiten stehen der Bundeswehr gegen solche Waffen bei ihren Auslandseinsätzen zur Verfügung?
57. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie oft startet eine Alarmrotte der Luftwaffe seit 2003 (Angaben bitte pro Jahr) von Wittmund oder Neuburg aus, und bei wie vielen dieser Starts handelt es sich um reine Übungs- und Trainingsflüge?
58. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Auf welcher Rechtsgrundlage „ziehen“ im Führungszentrum Nationale Flugsicherung „Bundeswehr, Bundespolizei und die DSF Deutsche Flugsicherung GmbH, unabhängig von Bundes- oder Landesebene, an einem Strang“ (www.luftwaffe.de), und wie ist diese Kooperation organisiert?

*) Siehe hierzu auch Frage 3.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

59. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung – als Vertragsstaat der UN-Behindertenrechtskonvention und Ansprechpartnerin gegenüber den Vereinten Nationen – neue Anforderungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention für die Bildungspläne/Bildungsvereinbarungen für Kindertageseinrichtungen, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung diesbezüglich in Zusammenarbeit mit den Ländern?*)
60. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)
- Welche Modellprojekte und Standorte zur Extremismusbekämpfung hat die Bundesregierung weiterhin im Blick, und welche wissenschaftlichen Expertisen werden hier für Neuaufstellungen zugrunde gelegt?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

61. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe haben dazu geführt, dass das Bundesministerium für Gesundheit nicht in der Lage war, den vom Bundessozialgericht und vom Bundesdatenschutzbeauftragten geforderten Schutz hochsensibler Patientendaten zu gewährleisten und bis zum 30. Juni 2010 eine entsprechende gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen, um die Abrechnung von Selektivverträgen und ambulanten Notfallbehandlungen über private Dienstleister abzustellen?
62. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts des bekannt gewordenen Zwischenfalles bei der BKK Gesundheit in der Zwischenzeit zu tun, um den Schutz von Patientendaten zu gewährleisten?

*) Siehe hierzu auch Frage 38.

**) Siehe hierzu auch Frage 16.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

63. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die Bundesregierung die Ansicht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, die er am 1. Februar 2010 in Landshut äußerte, bestätigen, dass bei einer Bemaubung von Bundesstraßen eine Reihe von Einmündungen geschlossen werden müssten, um eine ordnungsgemäße Erfassung der gefahrenen Kilometer zu gewährleisten, und inwieweit kann die Bundesregierung die Äußerungen von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer vom 1. Februar 2010 in Landshut bestätigen, dass es auf der Bundesstraße 304 zwischen der Anschlussstelle München/Haar–Ebersberg–Altenmarkt–Anschlussstelle Siegsdorf zu spürbarem Mautausweichverkehr kommt, dieser Streckenabschnitt zukünftig aber trotzdem nicht bemaubt werden soll?
64. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, dass bei der derzeitigen Überprüfung des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen ein Nutzen-Kosten-Faktor von 4,7 als Schwelle für die Aufnahme von Projekten in den Vordringlichen Bedarf angesehen werden muss, und wann rechnet die Bundesregierung mit einem Referentenentwurf für das zu ändernde Fernstraßenausbaugesetz?
65. Abgeordneter
**Martin
Burkert**
(SPD)
- Was sind die Ergebnisse der ersten Sitzung der Monitoringgruppe zum Donauausbau am 5. Februar 2010, und gibt es hierzu ein Protokoll, das Interessierten zugänglich gemacht werden kann?
66. Abgeordnete
**Birgitt
Bender**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche minimale, durchschnittliche und maximale Breite von Bahnsteigen bzw. von Gehstreifen links und rechts von Rolltreppen und Treppen sind bei den in den letzten zehn Jahren in Deutschland genehmigten/gebauten neuen Durchgangsbahnhöfen vorgesehen/eingehalten worden, und hält das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. das Eisenbahn-Bundesamt die im Planfeststellungsverfahren für den Stuttgarter Tiefbahnhof ausgewiesenen Bahnsteige mit 1 m breiten Gehstreifen rechts und links der Rolltreppen und Treppen für ausreichend breit und verkehrssicher?

67. Abgeordnete
**Birgitt
Bender**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt der Bundesregierung das von der Firma SMA und Partner AG, Zürich erstellte Gutachten über den zukünftigen Bahnbetrieb im Bahnverkehrsknoten Stuttgart 21 und dessen Auswirkungen auf den Fernverkehr vor, und ist sie bereit, dies dem Parlament zugänglich zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

68. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann will die Bundesregierung dem Bundestag den Parlamentsbericht „Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung 2008“ zukommen lassen, und weshalb ging er dem Bundestag bislang noch nicht zu?
69. Abgeordnete
**Sabine
Stüber**
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um eine gemeinsame Umweltverträglichkeitsprüfung für das von Polen geplante Atomkraftwerk zu erreichen, nachdem die Standorte bei Gryfino und Chojna an der Unteren Oder näher in Betracht gezogen und öffentlich, unter Zustimmung der betroffenen polnischen Kommunen, die sich Wirtschaftswachstum und Arbeitskräfte erhoffen, diskutiert werden?
70. Abgeordnete
**Sabine
Stüber**
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung als angrenzender Staat innerhalb der EU, im Rahmen der verpflichtenden Beteiligung an dem Genehmigungsverfahren, die deutschen Interessen bzw. Standards im technischen Umweltschutz und Naturschutz durchsetzen?
71. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo lagern zerbrochene und beschädigte Brennelementekugeln sowie der Abrieb der Brennelementekugeln aus dem Kernkraftwerk AVR Jülich, wenn – wie die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/167) ausführt – in den 152 derzeit in Jülich lagernden Castoren nur unbeschädigte Brennelementekugeln vorhanden sind?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 83.

72. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat das Bundeskanzleramt auf das gemeinsame Schreiben der Ministerpräsidenten Günther Oettinger und Roland Koch vom 30. September 2009 zum Thema Weiterbetrieb deutscher Kernkraftwerke reagiert, und wie ist insbesondere die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel damit umgegangen?
73. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Spricht der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, für die Bundesregierung, wenn er einen Anteil der Photovoltaik an der Stromversorgung von 5 Prozent im Jahr 2020 zum Ziel erklärt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

74. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kommt die Bundesregierung – und hier insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung – als Vertragsstaat und Ansprechpartnerin gegenüber den Vereinten Nationen ihrer Verpflichtung gemäß Artikel 24 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz: UN-Behindertenrechtskonvention) nach, ein inklusives Bildungssystem für alle Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten, und inwiefern wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit den entsprechenden Gremien und Institutionen auf Länderebene zusammenarbeiten, um Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen?
75. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beteiligt sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung an der Vorbereitungs-, Entwicklungs-, Durchführungs-, Überwachungs- und Evaluationsphase des vom federführenden Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeiteten Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, und inwiefern wird sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung an der Erstellung des sog. Staatenberichts nach Artikel 35 der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligen?

76. Abgeordnete
**Priska
Hinz
(Herborn)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Macht sich die Bundesregierung – und hier insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung – die Rechtsauffassung des Völkerrechtlers Prof. Dr. Eibe Riedel zu eigen, wonach behinderte Kinder trotz anders lautender Schulgesetze ab sofort das Recht haben, gemeinsam mit nicht behinderten Kindern eine allgemeine Schule zu besuchen?
77. Abgeordnete
**Priska
Hinz
(Herborn)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Einschätzung, wonach geeignete Änderungen und Anpassungen innerhalb von „bis zu zwei Jahren oder zumindest innerhalb dieser Legislaturperiode“ vorgenommen werden müssen, um behinderten Kindern effektives und gleichberechtigtes Lernen zu ermöglichen?
78. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung – und hier insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung – die Auffassung, wonach der Umstand, dass Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII nur bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss erbracht werden, im Widerspruch zu Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention steht, und wie möchte das Bundesministerium für Bildung und Forschung sicherstellen, dass alle Menschen mit Behinderungen die entsprechende Unterstützung erhalten, auch im Master- und Promotionsstudium?
79. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sorgt die Bundesregierung – und hier insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung – als Vertragsstaat der UN-Behindertenrechtskonvention in Zusammenarbeit mit den hochschulpolitischen Akteurinnen und Akteuren auf Landesebene für eine entsprechende Anpassung der Studiengestaltung und Prüfungen sowie für umfassende bauliche und kommunikative Barrierefreiheit im Sinne des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention?
80. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Im Rahmen welcher Projekte und Wettbewerbe zur Forschungsförderung und in welcher Höhe werden derzeit Ansätze des so genannten smart breeding durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, und ist hier eine Steigerung der Fördermittel geplant?

81. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Wird in Deutschland der „Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Forschung im Bereich der Nanowissenschaften und -technologien“ der Europäischen Kommission umgesetzt, und wenn nein, warum nicht?
82. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verträge bezüglich des Mehrzweckforschungsreaktors (MZFR) wurden im Lauf der Zeit zwischen dem Bund oder den von ihm getragenen Einrichtungen wie dem Forschungszentrum Karlsruhe einerseits und privatwirtschaftlichen Energieversorgungsunternehmen andererseits geschlossen (bitte mit Angabe des Datums), und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus diesen Verträgen heute für den Energieversorger EnBW AG (vgl. beispielsweise Aussage der Bundesregierung zum MZFR-Betriebsführungsvertrag auf Bundestagsdrucksache 17/310, Nr. 2)?
83. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worin bestehen konkret die „sicherheitstechnischen Ausbaureserven“ des Brennelementezwischenlagers in Ahaus, mit dem das Forschungszentrum Jülich auf seiner Internetseite den geplanten Transport von 152 Castorbehältern mit etwa 300 000 hochradioaktiven Brennelementekugeln aus dem Kernkraftwerk AVR von Jülich nach Ahaus begründet, obwohl die Halle in Ahaus ein Jahr älter ist als die, in der die Castoren in Jülich zurzeit lagern?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

84. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche fachlichen Qualifikationen waren bei den im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seit dem Regierungswechsel neu geschaffenen 20 Stellen, darunter im Leitungsbereich, maßgeblich, und wie wird in diesem Zusammenhang die geplante Berufung des früheren Kommandeurs des Panzerbataillons 33 und ehemaligen Mitarbeiters der Bundestagsfraktion der FDP, F. H. E. – u. a. vor dem Hintergrund der Verwendung des Symbols des Afrikakorps der Wehrmacht für das Verbandsabzeichen für den von ihm gegrün-

*) Siehe hierzu auch Frage 71.

deten Freundeskreis des Panzerbataillons 33 (laut ddp, 18. Februar 2010) – zum Abteilungsleiter begründet?

85. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Bestätigt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die geplante Einstellung von Oberst F. H. E. als Leiter der Abteilung 03, wie in der „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Februar 2010 berichtet, und welchen entwicklungspolitischen Mehrwert erhofft sich der Bundesminister damit?
86. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit ist es zutreffend, dass die neue Einstellungspolitik der Bundesregierung jetzt unter dem Motto „Loyalität kommt vor Fachlichkeit“ (Dirk Niebel, taz vom 18. Februar 2010) steht, und ist es richtig, dass das Bundeskabinett der Benennung von Oberst a. D. F. H. E. zustimmen muss (taz vom 18. Februar 2010)?
87. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welchen zwölf deutschen Institutionen und Nicht-regierungsorganisationen wurden die meisten Haushaltsmittel für ihre Erdbebenhilfe in Haiti zur Verfügung gestellt, und wie hoch war der jeweilige Betrag?*)

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

88. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.) Wie hat der Normenkontrollrat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, insbesondere den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen, bewertet, und inwieweit ist die Bundesregierung der Bewertung des Normenkontrollrates gefolgt?
89. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.) Mit welchen Stiftungen arbeitet der Normenkontrollrat wie zusammen?

*) Siehe hierzu auch Frage 99.

90. Abgeordneter
**Memet
Kilic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Vertritt die Bundesregierung, die in der letzten Fragestunde (Plenarprotokoll 17/21) von der Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Dr. Maria Böhmer, vertretene Auffassung, dass Kinder, die die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzen, zwischen 18 und 23 Jahren sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

91. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, dass nach erfolgter Anklage am 12. Januar 2010 der neue Prozesstermin am 7. Februar 2010 gegen die Angehörigen der Bahai-Religion offenbar erneut ergebnislos vertagt wurde, und auf welcher Ebene hat die Bundesregierung in jüngster Zeit bei der iranischen Regierung interveniert, um Kritik am Verfahren gegen die Angehörigen der Bahai zum Ausdruck zu bringen?
92. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von dem in den staatlichen iranischen Medien erhobenen Vorwurf einer Beteiligung der „Bahai-Institutionen“ an der Organisation der Demonstrationen am Ashura-Tag?
93. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Welche Reaktionen aus arabischen Staaten sind der Bundesregierung dazu bekannt, dass Bundeswehrsoldaten erstmals in Israel für einen Auslandseinsatz ausgebildet werden?
94. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Auswirkungen für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan und im Nahen Osten rechnet die Bundesregierung, wenn sie deutsche Piloten in Israel für den Afghanistan-Krieg im Umgang mit der Drohne „Heron 1“ trainieren lässt?
95. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist der Verhandlungsstand hinsichtlich des bilateralen Abkommens der Bundesrepublik Deutschland und Afghanistans über die Regeln für die Übergabe von Personen an afghanische Stellen, die von deutschen Sicherheitskräften in Gewahrsam genom-

men werden, und über das seit März 2007 verhandelt wird, und würde ein solches Abkommen auch für die deutschen Polizisten gelten, die in den angekündigten Partnering-Programmen eingesetzt werden?

96. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesrepublik Deutschland gegen die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen A/RES/64/10 vom 5. Februar 2010 gestimmt, die von einer großen Mehrheit der Staaten angenommen wurde und die sowohl Israel als auch die Palästinenser dazu auffordert, innerhalb von drei Monaten unabhängige und glaubwürdige Untersuchungen bezüglich der Menschenrechts- und Kriegsverbrechen einzuleiten, die während der israelischen Militäroffensive vom 27. Dezember 2008 bis 18. Januar 2009 von beiden Seiten begangen worden sind?
97. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat sich die Bundesregierung bilateral oder im Rahmen der EU gegenüber der israelischen und der US-amerikanischen Regierung kritisch zu deren jüngsten Drohungen mit Militärschlägen gegen den Iran dahingehend geäußert, dass diese aufgefordert wurden, einen Beitrag zur Deeskalation zu leisten, oder befürwortet die Bundesregierung einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Iran, wie Hillary Clinton im Zuge ihrer Nahost-Reise ihn andeutete, als sie sagte: „Wir heißen jegliches Engagement, das Problem friedlich zu lösen, willkommen. Aber wir werden uns nicht weiter nur auf diese Weise engagieren, während sie ihre Bombe bauen“ (www.taz.de)?
98. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zu, dass bei der Ermordung des Hamas-Führers Mahmud Abdel Rauf al-Mabhuh in Dubai, der von Israel unter anderem für die Entführung und Ermordung zweier israelischer Soldaten verantwortlich gemacht wird, neben mindestens sechs britischen, drei irischen Pässen sowie einem französischen Pass auch mindestens ein deutscher Pass – ausgestellt auf den Namen Michael B. – benutzt wurde, und plant die Bundesregierung ähnliche Schritte wie Großbritannien und Irland zu unternehmen, die unter anderem die jeweiligen israelischen Botschafter zu einem klärenden Gespräch „einladen“?

99. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe vertretenen Nichtregierungsorganisationen haben Anträge auf Haushaltsmittel für ihre Erdbebenhilfe in Haiti gestellt, die nicht bedient wurden, und mit welcher Begründung?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 87.

